

Bezugspreis:

Für den Monat März 1923 M. ...

Anzeigenpreis:

Die einseitige Kopierleistung ...

Anzeigen für die nächste Nummer ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 21. März 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Interalliierte Sozialistenkonferenz in Paris.

Entsendung einer Delegation nach Berlin.

Paris, 20. März. (G.) Heute fand im Palais Bourbon eine ...

Paris, 20. März. (WB.) Die interalliierte sozialistische ...

Papst und Ruhrfrage.

Paris, 20. März. (WB.) Hovas berichtet aus Rom, gewisse ...

Zwei Noten.

Der französischen Regierung wurden vom deutschen ...

Sturmtrupp-Interpellation in Bayern.

München, 20. März. (Eigener Drahtbericht.) Der sozial- ...

Abg. Tinn (Soz.)

gab einen Ueberblick über die Tätigkeit der Nationalsozialisten, ...

Minister des Innern Schweyer

betonte die ernste Befürchtung der Staatsregierung angesichts ...

wortlich gemacht werden, Protest erhoben. Das laufe auf die ...

In der zweiten Note wird gegen die Festnahme von ...

Die Daumenschrauben.

Dortmund, 20. März. (Eigener Drahtbericht.) An den ...

Darmstadt, 20. März. (U.) Der Vizepräsident des Hessischen ...

mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt

gekommen. Gegen Geschwirdigkeiten müssen alle polizeilichen ...

Der demokratische Redner Abgeordneter Dr. Durr wies u. a. ...

München, 20. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Dispositionen ...

Der italienische Imperialismus.

Rom, Mitte März 1923.

Die Geschichte hat als Lehrmeisterin eine recht unglückliche ...

Bekanntlich ist zu Anfang dieses Monats die Verschmelzung ...

Unsere Haltung hat ihre unveränderten Wurzeln in der Ueberzeugung ...

Ebenso im Innern der Nationen. Da es von Schicksal wegen ...

Die internationalistische Theorie, die Utopie des ewigen Friedens, ...

Wenn wir rufen „Imperium“, so tun wir es, weil die Zeiten ...

So etwas oder ähnliches hat man aller Orten gesagt, sagt ...

Maxime aufgestellt hat, keine Opposition zu dusden. In ihrem Namen, mit ihren Mitteln erstet also heute, in dieser Zeit der Krise und der schlechten Rentabilität der Presse, ein neues Blatt mit diesen Prinzipien. Das gibt um so mehr zu denken, als gleichzeitig deutlich zutage tritt, daß die Regierung in der Verfolgung dessen, was sie als ihr Programm ansieht, einer Art pflichtigen Zwangswegs zu unterliegen scheint, so daß jeder Gedankengang unfehlbar zu einer Drohung gegen die „Widersacher der Regierung“ führt.

Ob der Ministerpräsident in feierlicher Weise den Vorschlag seiner Ministerien — mit dem der Luftschiffahrt sind es ihrer drei — dem Finanzminister übergibt, ob er das Lokal des Verbandes der Kriegswaisenden einweicht; immer finden wir denselben Ausklang: „Die Feinde des Faschismus werden vernichtet werden.“ Angehts dieser Beharrlichkeit der Vorstellungen und Äußerungen muß man sich fragen, wie sich wohl die auswärtige Politik gestalten dürfte, sobald zu leiten der Zwangsvorstellung des Kampfes gegen den Unsturz, die bereits alle italienischen Gefängnisse überfüllt hat, die der Mission der italienischen Weltbeherrschung treten sollte.

In Zeiten freier Meinungsäußerungen korrigieren sich gewisse Irrtümer, die von der öffentlichen Meinung nicht mitgemacht werden, ganz von selbst. Anders aber heute in Italien, wo jede Meinungsäußerung, die auch nur nach Kritik aussieht, geknebelt ist. Gerade die eigenartige Ueberhöhung der inneren Gefahren, die aus den Äußerungen und Drohungen der Regierung spricht, könnte als Ablenkung eine abenteuerliche auswärtige Politik suchen. Italien ist seit die Habsburger und die Bourbonen abgewirkt haben, ohne Blutvergießen regiert worden; heute aber tut kein Minister den Mund auf, ohne daß er standrechtliche Erschießungen auf den Höhen, Gloria für die faschistische Miliz gegen den inneren Feind, und solche niedlichen Dinge in Aussicht stellt. Das beweist, daß man in Regierungskreisen viel ernster und tragischer denkt als im Lande selbst. Ob in solchen Verhältnissen nun gerade die „Weltmission“ das beste Beruhigungsmittel ist, steht dahin.

Das läche Zerstückeln des Landes in Peute, die regieren, und in solche, die regiert werden, ohne den Mund aufzumachen zu dürfen, bringt es mit sich, daß auf die Jugendhilfe der von allerhand Verfolgungsvorstellungen beunruhigten Regierung keinerlei Rührung aus dem ziemlich ruhig abwartenden Lande kommt. Die Massenverhaftungen der Kommunisten in allen Städten wegen des vermeintlichen Komplotts sind aufrecht erhalten worden; die Sozialisten, die auch komplottiert haben sollen, werden auf freiem Fuße abgeurteilt werden, bis auf Serrati, der wegen seines Rostauer Manifests gegen den Faschismus des Vaterlandsverrats angeklagt ist, auf welchem Verbrechen lebenslängliches Zuchthaus steht, und auf Ronni, den stellvertretenden Chefredakteur des „Avanti“, der in Zürich schlecht vom Faschismus gesprochen hat. Es hat allgemeine Verwunderung erregt, daß die Abgeordneten, die das Manifest mitunterzeichnet haben, von der Verhaftung verschont blieben; man vermutete, diese Berücksichtigung der Abgeordnetenimmunität wäre für die Faschisten ein überwundener Standpunkt.

Aber die Regierung hat auch außer den Sorgen, die ihr der „Umsturz“ bereitet, die eigenen Sorgen. Die Enquete über die Kriegsausgaben läuft sehr ungünstig für jene Metallindustrie aus, die die Hauptstütze für den werdenden Faschismus aufgebracht hat. Erhebungen über die Veräußerung der Luftschiffahrtsmaterialien stellen einen Journalismus bloß, der eine der Leuchten des Faschismus ist. In Rom hat die faschistische Polizei zwei Redakteure der „Times“ verhaftet, weil sie in ihnen russische Kommunisten witterte; ein Angehöriger der spanischen Botschaft ist von der Eisenbahnpolizei belästigt worden, ohne Ansehen seiner Immunität. In den französisch-italienischen Grenzgebieten verhaften die Schwarzhemden, als ob sie zu Hause wären. Offenbar wird Italien dem Faschismus zu klein für seinen Totendrang.

Aber derselbe Faschismus, der die Götter des Erfolges in Erbpacht genommen hat, umwirbt mit vergebener Liebesmühe eine Macht, von deren Gewogenheit sich seine Führer reiche Ernte von reaktionärer Kraft versprochen hat: den Vatikan. Nachdem man diesem Kreuzzüg und Religionsunterricht in den Schulen bewilligt hat, Merikale zu Senatoren gemacht, nachdem man jede faschistische Feiertaglichkeit mit einer Messe einleitet, ist jetzt sogar der königliche Kommissar der Stadt Rom mit großem Brum zum Kardinal-Bischof gefahren, was von der faschistischen Presse als wichtige politische Tat gefeiert wurde. Gleich darauf kam die Dusch des „Osservatore Romano“, in dem dem Besuch jeder offizielle Charakter abgesprochen wurde, und der erklärt, daß von einer Annäherung zwischen dem Vatikan und der Regierung nicht die Rede sein könne. Die gewiegte und alte Diplomatie des Vatikans wird offenbar durch das stürmische Werben des Faschismus ruhig gemacht, während sich religiöse Denker, wie der Marchese Crispolti, gegen den Versuch wenden, die Religion als Mittel zum Gefügigmachen der Massen zu verwenden.

Man hat den Eindruck, als ob die Regierung sich über kurz oder lang nach Prag der Pressefreiheit wird belehren müssen, lediglich, um nicht eine allzu schwere Last für das zu tragen, was in ihrem Namen die Weltbeherrschung beansprucht und dem Vatikan den Pantoffel küßt. Die erteilte Meinungsäußerung droht unangenehm zu werden, als die lehrerische je werden könnte.

Personalpolitik im Reichsinnenministerium.

Monarchisten, die die Treppe hinauffallen.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst führt Beschwerde über die Personalpolitik der dem Reichsinnenministerium angegliederten Stelle zur Bearbeitung von Beamtenangelegenheiten.

Durch Neuverteilung der zu der Beamtenabteilung gehörigen Referate, so heißt es da, ist jetzt erreicht worden, daß wirkliches Sachverständnis für Beamtenangelegenheiten bei den neuen Bearbeitern überhaupt nicht mehr vorhanden ist. Jedenfalls kann die Beamtenabteilung nicht verstehen, daß z. B. der Chef der Filmprüfungsstelle im Nebenamt auch noch Zeit finden soll, sich mit Beamtenangelegenheiten zu befassen. Außerdem heißt es, daß der jetzige Leiter der Beamtenabteilung, Ministerialdirektor v. Falck, demnächst durch den Präsidenten des Reichspensionsamts, Herrn v. Jacobi, dem bekannten Verfechter reaktionärer, antirepublikanischer Bestrebungen in der höheren Beamtenabteilung, ersetzt werden soll. Das Reichspensionsamt ist geradezu ein Sammelpfad für antirepublikanische Bestrebungen, und die tüchtigsten republikanischen Beamten werden dort vollständig kaltgestellt. Vor einiger Zeit ist nun Herr v. Jacobi zum zweiten Vorsitzenden der Berliner Beamtenvereinigung gewählt worden. Den Vorsitz in dieser rein wirtschaftlichen Zwecken dienenden Vereinigung sehen nun gewisse Kreise offenbar als besonders geeignete Vorbereitung zur Uebernahme der Beamtenabteilung im Reichsinnenministerium des Innern an. Sollte Herr v. Jacobi tatsächlich zum Direktor dieser Abteilung gemacht werden, so wird der heftigste Bekämpfer eines modernen Beamtenrätegesetzes auf der ganzen Linie gesiegt haben und die schärfste antirepublikanische Reaktion ihren Eingang in das Reichsinnenministerium des Innern halten.

Wir können dem nur zustimmen und möchten bei dieser Gelegenheit daran erinnern, daß es unter der Regide des Herrn v. Jacobi möglich war, daß im Reichspensionsamt für die ehemalige Wehrmacht ein Mensch zum Beamten ernannt werden konnte, der die republikanischen Hoheitszeichen als Sch... dreifach bezeichnet. Man scheint diese Personalpolitik Herrn v. Jacobi im Reichsinnenministerium nicht nur nicht übel genommen zu haben, sondern darin sogar einen Grund zu sehen, um ihn die Treppe hinauffallen zu lassen. Monarchisten als Hüter der republikanischen Beamtenabteilung — Zeichen der Zeit!

7,1 Billionen Fehlbetrag.

2,5 Billionen mehr für den Friedensvertrag. Verdoppelung der Ausgaben.

Der Reichsrat nahm am Dienstag den zwölften Nachtragsetat für 1922 an. Der Berichterstatter hob hervor, daß sich die Notwendigkeit zu dem Nachtragsetat aus dem Einbruch der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet und andere deutsche Landesteile ergebe. Die Folgen dieses Ruhrbruchs für unsere Finanzwirtschaft sind verheerend. Sie legen dem Reich ungeheure neue Aufwendungen auf. Trotz des gesunkenen Dollarkurses ist immer noch eine Verdoppelung der Ausgaben gegenüber dem Stande von Mitte Januar, als die fortschreitende Geldentwertung die Aufätze des letzten großen Nachtrags-etats vom November vorigen Jahres schon beträchtlich überholt hatte, eingetreten. Während nunmehr durch den Einbruch ein großer Einnahmesausfall entstanden ist im Eisenbahnverkehr, durch die eingeschränkte Kohlenförderung, Errichtung einer neuen Zollgrenze, Beschuldigung von Steuererträgen und staatlichen Wabungen usw. sind neue riesige Ausgaben entstanden durch Befolgung von Entschädigungen aus dem Auslande, Lebensmittelfuhr, Fürsorge für die Vertriebenen und Rekrutierungen an Gehältern und Löhnen. Das Programm der Regierung für die Gesundung des Reichshaushalts ist zerrissen; wir sind in einen Billionen-Etat hineingekleben.

Der ordentliche Haushalt der allgemeinen Reichsverwaltung zeigt jetzt einen Fehlbetrag von 1,3 Billionen Mark, der Fehlbetrag im ordentlichen Haushalt der Forstverwaltung ist auf 318,8 Milliarden Mark angewachsen. Der ordentliche Haushalt der Eisenbahnverwaltung hält zwar noch das Gleichgewicht, die Folgen der Betriebsstörungen im Ruhrgebiet sind indessen noch nicht berücksichtigt. Auch hier werden sich Zuschüsse aus allgemeiner Reichsmitteln als notwendig erweisen. Die Ausgaben des Haushalts zur Ausführung des Friedensvertrages haben sich um mehr als 2 1/2 Billionen Mark gesteigert. Der Gesamtfehlbetrag des Reichshaushalts für 1922 beträgt 7,1 Billionen Mark.

Noch im Herbst war er auf 843,2 Milliarden Mark veranschlagt, er ist also um 6,2 Billionen gestiegen. Er verteilt sich mit 2,8 Billionen auf die allgemeine Reichsverwaltung, mit 1 Billion auf die Betriebsverwaltungen und mit 3,1 Billionen Mark auf den Haushalt zur Ausführung des Friedensvertrages. Zum Vergleich muß erwähnt werden, daß nach dem Rechnungsergebnis für 1920 der Fehlbetrag 123,4 Milliarden Mark und für 1921 169,6 Milliarden Mark betrug. Im Haushaltsjahr ist eine Anleiheermächtigung von 4,4 Billionen Mark enthalten. 500 Milliarden waren bereits bewilligt, und der Fehlbetrag des ordentlichen Haushalts der allgemeinen Reichsverwaltung soll einstmals nicht auf Anleihe genommen, sondern aus verfügbaren Betriebsmitteln gedeckt werden. Zum Ankauf von Inlands- und Auslandsgeldmitteln sowie von sonstigen Rechnungsmitteln zur Sicherung der Volksernährung wird dem Finanzminister ein Kredit von 400 Milliarden zur Verfügung gestellt.

Hervorzuheben ist noch, daß im Etat des Arbeitsministeriums die Darlehen an die Länder zur Fertigstellung angefangener Wohnbauten infolge der Geldentwertung um 8 Milliarden Mark steigen und daß für Darlehen an die Länder zur Förderung des Wohnungsbaus 100 Milliarden einstellt sind, die aus dem Aufkommen der erhöhten Wohnungsbaubgabe gedeckt werden sollen. Der Etat des Reichsernährungsministeriums weist 5,2 Milliarden Mark zum Rückbezug für Säuglinge und Kleinkinder auf. Die Ausgaben des Etats des allgemeinen Pensionsfonds steigen um 62,1 Milliarden infolge des Gesetzes über die Teuerungszuschläge für Militärentner. Im Haushaltsetat der allgemeinen Finanzverwaltung sind zur Erhöhung der Teuerungszuschläge 200 Milliarden mehr eingestellt, zur Gewährung von Zuschüssen an die Länder aus Anlaß von Befoldungserhöhungen 900 Milliarden Mark mehr. Zur Abwehr der durch den Einbruch in das Ruhr- und Rheingebiet entstandenen Schäden ist 1 Billion Mark eingestellt. Für Darlehen an notleidende Länder sind 160 Milliarden ausgemorfen. Die Ausgaben für die Besatzungstruppen sind infolge der Geldentwertung und Uebersteuerung um 82 Milliarden Mark, die Reparations-Sachleistungen um 300 Milliarden Mark, die Ausgaben für die Entlohnung der schwerer an Belgien gegebenen Schahmehl um 1,3 Billionen Mark. Die Kosten der Reparationskommission um 76,5 Milliarden Mark gestiegen. Für Zahlungen auf Liquidationsschäden wurden 26 Milliarden Mark mehr eingestellt.

Harmonie.

Von Edgar Hahnwald.

Als ich leidend unter der laise rauschenden Lampe saß, ließ mich eine von gedämpfter Gesang begleitete Musik aufhorchen, die von draußen durch die Scheiben drang. Ich stand auf, öffnete das Fenster und hörte sie um so deutlicher. Der warme Wind säufelte sie zu mir heran, während sie von selbst immer näher kam. Zwei oder drei Paare, das konnte ich in der schwacherhellten Dunkelheit der Straße unter mir nicht genau unterscheiden, sangen mit halblauten Stimmen, nur für sich, ein gemächliches Marschlied. Es hatte einen altertümlichen Rhythmus, wie ihn Volkslieder haben, denen man anhört, daß sie von den singenden Stimmen langer Zeiten gleichsam geblüht sind. Aber viel fremdartiger als das Lied selbst klang die Musik, die den Gesang begleitete, oder richtiger das Instrument, mit dem diese Musik gemacht wurde. Es schwirrten helle Stimmen darin, die von Freude bewegt erzitterten, und mit dem weiligen Gesang dieser Stimmen vereinte sich ein gelassen gehendes Klagen dunklerer Stimmen, die die erregte Bewegtheit der anderen zu einer stilleren Freude zu dämpfen schienen. Es klang wie ein herzlicher Wettstreit überquellender und ruhig beherrschter Gefühle. Ich konnte mich nicht entsinnen, schon einmal ein ähnliches Instrument gehört zu haben und doch schien mir sein Klang seit langem vertraut.

Ich sah hinaus und sah den kleinen Trupp der Singenden und Musikzierenden unter meinem Fenster auf der feuchtschimmernden Straße vorüberziehen. Aber so sehr ich auch mein Erinnerungsvermögen anstregte: dieses Instrument kannte ich und kannte es doch nicht.

Nun schwenkte der Trupp auf den Platz ein, auf den meine Fenster hinabsahen. Unter den kalten Bäumen, die in der feuchtnormen Wärmigkeit ihre Knospen leise öffneten, sangen die Stimmen und das Instrument weiter. Es ging eine stille und frohmachende Herzlichkeit von dieser Musik aus. Mein Zimmer hinter mir erschien mir heller als sonst, alles dünkte mich friedlich und gut, und ich mußte lächeln über diese alles glättende Macht der Harmonie, die von dem Zusammenfließen der Stimmen einiger Liebespaare und eines Instrumentes in der tropfenden Wärmigkeit ausging.

Das Instrument erriet ich nicht. Die nächsten Sänger verabschiedeten sich lachend und schwachend. Zwischendrin glichen ein paar Töne, die mich aufhorchen ließen, weil ich jetzt erroteten zu haben glaubte, was für ein Instrument da musiziert habe. Aber es waren nur ein paar Töne, über denen sich sofort die Dunkelheit wieder schloß. Welche Größe antworteten sich unien. Die Paare gingen nach verschiedenen Richtungen auseinander. Da klangen wieder ein paar lässig hingeworfene Töne, einige andere erwiderten non sensets. Und jetzt erkannte ich „das Instrument“. Es waren zwei: eine Mandoline, eine anspruchslose Mandoline, die viele nicht leiden

mögen, weil sie, allein gespielt, dünn und zornig klingt, und eine ganz gewöhnliche Mundharmonika, dieses Musikinstrument, das fast jeder Schuljunge spielen kann und das als Musikinstrument kein Mensch ernst nimmt. Diese zwei, Mandoline und Mundharmonika, diese beiden armseligen Strohkinder unter den Musikinstrumenten, hatten sich zu der Harmonie vereint, die die Kraft hatte, für ein Weltchen an Güte und Frieden und Glück in der Welt glauben zu machen.

Ich lachte für mich, aber ich schien mir selbst nicht so recht überzeugt davon, daß das kleine Erlebnis nur ein Spaß sei und nichts weiter. Denn schließlich: diese beiden geringen Instrumente, Mandoline und Mundharmonika, die jedes für sich allein doch gar keine Musik geben können und nur ein bißchen dünnes Geflügel und Weidne zumege bringen, hatten vereint doch ein Drittes, Erfreuendes und Beglückendes zustande gebracht: Harmonie.

Während und mit halben Gedanken immer noch bei diesem Erlebnis am Fenster setzte ich mich wieder unter die laise rauschende Lampe und las weiter vom Kampfe an Ruhr und Rhein.

Ein Mittel gegen Ermüdung. Wenn es keine Müdigkeit mehr gäbe? Wenn der Mensch sich vollständig auf der höchsten Leistungsfähigkeit seiner Kräfte erhalten könnte? Diese phantastische Frage mit ihren gar nicht auszudenkenden Folgenungen läßt sich aber theoretisch durchaus bejahen, wenn auch freilich praktisch nicht durchzuführen. Bedeutungsreiche Versuche haben in letzter Zeit ein Mittel gegen Ermüdung geschaffen und uns über den Vorgang der Müdigkeit genauer aufgeklärt, wie Rudolf Schütze in der Leipziger „Illustrierten Zeitung“ des näheren ausführt.

Durch die Arbeiten von Dr. Weichardt über Ermüdungsstoffe ist erkannt worden, daß bei angestrenzter Arbeit im Muskel gewisse Stoffe, Ermüdungsstoffe, entstehen, die eine Herabsetzung der Arbeitsleistung bewirken. Es gelang dem Gelehrten, dieses Ermüdungsstoff (Kenotarin) genau zu erforschen. Das Gift gewann er aus dem ausgepreßten Muskelstoff von Meeresschweinechen und anderen Tieren, die infolge stundenlangem angestrengter Arbeit den Ermüdungsstoff gebildet hatten. Später glückte ihm auch, das Kenotarin künstlich herzustellen. Spritzte man nun eine große Menge dieses Präparates einem gesunden, unermüdeten Tier ein, so traten sofort starke Ermüdungserscheinungen auf, und wenn ein solches Tier eine verhältnismäßig geringe Arbeit leisten mußte, erlag es rasch dem Ermüdungsstoff. Nahm man geringere Kenotarindosen, so ließ sich nachweisen, daß die Muskelleistung bedeutend geringer wurde als beim unbehandelten Tier. Bei sehr geringen Mengen Kenotarin trat jedoch eine absolut andere Wirkung auf. Die mit ganz kleinen Dosen behandelten Tiere zeigten sich im Gegenteil leistungsfähiger als gesunde Tiere, die keine Einspritzung bekommen hatten.

Eine ähnliche Wirkung kennen wir von anderen Giften her, so z. B. von dem Kokaingift. Diesen Vorgang erklärt sich die medizinische Wissenschaft so, daß durch geringe Giftmengen, die für den Körper unschädlich sind, die Bildung eines Gegengiftes, eines sog. Antikörpers, erzeugt wird, der imstande ist, neuauftretende größer

Giftmengen zu vernichten. Diese Schutzwirkung gegen Ermüdung zeigte sich noch deutlicher bei der Behandlung mit Antikoenotarin, das auch künstlich hergestellt wurde. Die Möglichkeit, die Müdigkeit erfolgreich zu bekämpfen, ist also gegeben. Man hat auch Versuche in dieser Richtung angestellt, indem man das Antikoenotarin beim Menschen unter die Haut einspritzte oder eine Koffeininjektion in der Zimmerluft verstaubte. Und zwar stellten verschiedene Forscher diese Versuche an sich selbst an und berichteten einstimmig, daß ihre körperliche und geistige Leistung durch das Antikoenotarin gesteigert wurde. Man hat auch Versuche mit einer Schutzstoffe unternommen, auch hier wurde eine Steigerung der Leistungsfähigkeit der Kinder beobachtet. Freilich wird man sich vor unangenehmer praktischer Anwendung dieses Mittels gegen Ermüdung zunächst sehr hüten müssen. Denn die die Ermüdungserscheinungen erzeugenden Substanzen können dem Körper als Schutzeinrichtung dienen, indem sie ein Warnungssignal gegen Uebermüdung bieten.

Das gestimmte Parlament. Man muß es den rumänischen Boyaren lassen, schreibt die Wiener „Arbeiter-Zeitung“, sie haben das neue Rumänien zu einem wirklichen Kulturstaat gemacht. Vor dem Kriege haben sie die Errungenschaften der europäischen Kultur meist in den Chantans und Bordellen von Paris ferngehalten, wo sie das ihren Bauern erpreßte Geld verpufften. Jetzt genügt es ihnen nicht mehr, die Kultur nur im Ausland zu genießen, und da sie als Sieger im Weltkrieg ihren Staat nach ihren Wünschen einrichten konnten, wollen sie nun auch die neuesten Errungenschaften der Kultur in das neue große Rumänien einführen. In den Segnungen der modernen Kultur gehört natürlich auch das Kino. Was tut man in Paris, wenn man eine neue Kaufhaus im Parlament den Kinobeschauern vorführen will? Man muß aus Breiten und Rheinland eine Nachahmung des Parliaments aufführen und muß auch noch Schauspieler mieten, die die Kaufhaus darstellen. Welch primitive Formen der unentwickelten französischen Filmkunst! Da machen es die Herrscher des rumänischen Staates ganz anders: Lezten Samstag hatten sie in einer Loge des rumänischen Parlaments einen kinematographischen Apparat aufgestellt, der zunächst durch einen Vorhang verdeckt war. Anfangs ging es auch nicht sonderlich aufgeregt im Saale zu. Da plötzlich näherten sich einige Abgeordnete der Regierungspartei den Bänken der Opposition und provozierten sie durch Schreien und Gestikulationen; es kam zu einem Streit und zu gegenseitigem Herumstoßen. In diesem Augenblick wurde der Vorhang vor der Loge zurückgezogen und der Filmoperator hatte das herrlichste Material für seine Aufnahme. Vergebens beschwerten sich die Abgeordneten der Opposition darüber, daß die ganze Krawallszene künstlich ins Werk gesetzt wurde, um der Filmgesellschaft, an der einer der Parlamentsordner — der sich bei der Provoaktion besonders hervorgetan hat — persönlich beteiligt ist, die Gelegenheit zu ihrer Aufnahme zu geben. Es nützte nichts, sie wurden auch noch durch den Disziplinarausschuß ausgeschlossen. Welch neue Möglichkeiten eröffnen sich da für Filmkunst aus der Vereinigung von Parlament und Film!

Zielverlauberung. Der Theater in der Rönigsgraber Straße hat die Aufführung des Schauspiels „Kaiserliche Gd. Jensen“ auf Mittwoch verlegt. Sonntag und Montag: „Aus dem Leben der Anstalten“. — Am Freitag-Abend geht infolge Verletzung Wilhelm Bergers am Sonnabend und Sonntag statt „Königliche Gd. Jensen“ „Der Schiffschiffel“ in Szene.

Die bayerischen Separatisten.

Eine Auflage gegen Heim.

Als die Loslösungsbestrebungen der Machaus, Fuchs und Kühles bekannt wurden, hatte der amtliche bayerische Dementierapparat nichts Eiligeres zu tun, als Zusammenhänge dieser „Landesverräter“, wie sie auch der amtliche Bericht nannte, mit ersten politischen Persönlichkeiten Bayerns abzuleugnen. Der Verkehr der Landesverräter Fuchs und Machaus mit Rupprecht von Wittelsbach wurde als durchaus harmlos und unpolitisch bezeichnet. Vielleicht ist es in diesem Zusammenhang nicht ganz unnützlich, darauf hinzuweisen, daß man dem Führer der Bayerischen Volkspartei, Dr. Heim, seinerzeit ähnliche Absichten nachsagte, wie die, die man heute Machaus, Fuchs und Kühles nachweist. Gegen Machaus und Fuchs ist aus diesem Grunde das Verfahren wegen Landesverrat eröffnet worden. Die Angelegenheit Heim schien dagegen vergessen zu sein.

Nunmehr nimmt der Presseschef Wilsons in Versailles, Max Stannard Baker in seinem Werk über den Versailles-Vertrag zum Fall Heim Stellung. Er behauptet, Marshall Foch habe am 19. Mai 1919 dem Obersten Rat das Ersuchen Dr. Heims an einen französischen General, mit Vertretern Frankreichs über eine separatistische Bewegung zu verhandeln zu dürfen, mitgeteilt. An demselben Tage habe Heim bereits mit dem General Destier in Luxemburg eine Unterredung gehabt, dessen Ergebnis am 23. Mai 1919 dem Obersten Rat zur Kenntnis gebracht wurde. Heim habe die Loslösung der größeren deutschen Staaten von Preußen und die Bildung eines neuen Bundes, einschließlich Oesterreichs, unter dem wirtschaftlichen Protektorat der Entente vorgeschlagen. Wenn aus dem Plan nichts wurde, so habe das lediglich an der zögernden und unersättlichen Haltung Frankreichs gelegen.

Baker stützt sich auf amtliche Dokumente. Seine Behauptungen sind eindeutig. Was gegen Heim vorgebracht wird, bedeutet Landesverrat in schwerster Form. Gegen die Fuchs und Machaus, die der amtliche bayerische Bericht Phantasten und politische Kinder nennt, wird das Verfahren wegen Landesverrat erhoben. Fuchs und Machaus, der in gutem Glauben ein amtliches Dokument, über dessen Wert man sich noch nicht im klaren ist, an ein auswärtiges Presseunternehmen weitergab, wurde zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Jeder Mensch, der für eine friedliche Verständigung im Rahmen der Erfüllungspolitik eintritt, darf in Bayern ungestraft als Vaterlandsverräter bezeichnet werden. Gegen höchste Regierungsstellen, die sich zwangsläufig und vernunftgemäß für diese Politik einsetzen, darf in der übelsten Weise gehetzt und skandalisiert werden. Was geschieht mit Dr. Heim, gegen den von der genannten Stelle derselbe Verwurf erhoben wird, der auf Fuchs und Machaus lastet und der obendrein für die Unterstellung Bayerns unter ein Entente-Protectorat, also für die „Verflauung“ Bayerns, eintritt?

In der „Germania“ legt der bayerische Mitarbeiter seine Kritik über das bayerische Problem fort und weist dabei auf den Widerspruch hin, der zwischen den föderalistischen Grundanschauungen Bayerns und der Tätigkeit der streng zentralistischen und unitarischen gerichteten großpreussisch-militaristischen „Persönlichkeiten“ in München besteht. Besonders scharfe Worte findet der Mitarbeiter für das Verhalten der Bayerischen Volkspartei.

„Seit dem 9. Januar 1920“, so führt er aus, „seit dem Tage, an dem die Trennung der Bayerischen Volkspartei vom Zentrum, angeblich im Namen des Föderalismus, beschlossen wurde, gleidet die bayerische Politik nach ihrer Befreiung aus den Fesseln der alten sozialistischen Regierungsmethoden unaufhaltsam in den Abgrund einer neuen Revolution.“

Ein Goldschafhund aus der Infanzel. Die Goldschäpe der Infanzel, die von den spanischen Eroberern so rüchlichlos gerandt und fortgeschleppt wurden, werden in der Geschichte stets als eine geradezu phantastische Anklänge von Reichtümern fortgeführt, und noch heute werden immer wieder von Schatzgräbern Versuche unternommen, vergrabene Kostbarkeiten aus jenem „goldenen Zeitalter“ in Peru zu entdecken. Während die meisten dieser Schatzgräberaktionen unrichtigerweise zurückzuführen, ist es einigen Glücklichen im Chimudistrikt in Nord-Peru gelungen, einen solchen Goldschafhund zu heben, dessen wissenschaftlicher Wert noch sehr viel bedeutender ist als sein Geldwert. Ueber diesen Hund berichtet Errel in der „Amichau“ auf Grund einer Veröffentlichung des amerikanischen Archäologen King E. Goddard, der den in das Amerikanische Museum für Naturkunde übergebenen Teil des Hundes untersucht hat. Leider hatten die Finder einiges von dem Schätze zerbrochen und eingeschmolzen; einige wenige Stücke kamen in andere Hände. Die nunmehr in dem Museum bewahrten Kostbarkeiten bestehen aus drei Stücken, die etwa die Form einer Kuchenschale haben und wie Federstempel an Eisenbändern getragen wurden; außerdem aus drei Brustplatten, von denen zwei aus bandförmigen Streifen von hellerem und dunklerem Gold zusammengesetzt sind. Bei vier weiteren Stücken weiß man nicht genau, wozu sie verwendet wurden. Vielleicht dienten sie als Zeller, vielleicht aber auch als Zierplatten, die auf der Brust getragen wurden; sie gehören paarweise zusammen und haben 21,6 Zentimeter Durchmesser. Schließlich gehören noch zu der Sammlung zwei Wasserlämpen von einer Form, die Henkel und Auszug vereint. Diese sind mit einem Schmuckmuster und einem zierlichen Ornament geschmückt. Alle Stücke bestehen aus Legierungen von Gold, Silber und Kupfer in verschiedenen Mischungsverhältnissen. Die Gegenstände wurden zunächst gegossen, dann gehämmert und schließlich noch mit einem besonderen Werkzeug überglänzt. Die Vereinigung der helleren und dunkleren Bänder an den Brustplatten muß durch Schmelzen erfolgt sein, während die Vereinigung von Gold und Kupfer an den Rändern durch Löten hergestellt wurde.

Eine „Farbeninfonie“. Unter den jungen englischen Komponisten, die erfolgreich bestrahlt sind, England von der Bezeichnung des „Landes ohne Musik“ zu befreien, hat ein junger, noch vor kurzem unbekannter Meister Astur Blich jetzt große Erfolge errungen. In einem Konzert in der Londoner Queen's Hall, bei dem nur Werke von ihm zu Gehör gebracht wurden, dirigierte er selbst seine erste Infonie, die auch Farbeninfonie genannt wird. Der Titel ist gewählt, weil der Komponist zwischen den vier Säulen seiner Arbeit und den vier Farben Purpur, Rot, Blau und Grün einen engen Zusammenhang findet. Die purpurne Stimmung wird durch einen feierlichen Marsch ausgedrückt, die rote durch ein Scherzo, die blaue durch einen langsamen getragenen Satz, und der grüne Teil besteht in einer das ganze Werk krönenden Fuge. Die Infonie steht unter dem Einfluß von Schönberg und Stravinsky. Die Kritik rühmt ihr aber daneben doch eine bedeutsame Selbständigkeit nach.

Ein neues Druckverfahren wurde in Hannover vorgeführt. Ohne Verwendung von Zinkplatten oder Säuren, ohne Heizung und ohne Ausschleifen des demagischen Steins wird die gewünschte Zeichnung oder Schrift auf eine vorher nicht präparierte Blatte aufgetragen oder übertragen und durch einseitiges Einweichen mit einer besonderen Farbe sofort klar abgezogen.

Jener Trennungsbefehl liegt wie ein Fluch auf dem katholischen Bayernvolk. Aus der Zerstückung des politischen Bandes zwischen den deutschen Katholiken in Nord und Süd haben — wer könnte das heute noch bestreiten? — nur die Vertreter des protestantisch-preussischen Geistes, die sich heute in den vaterländischen Verbänden und in der Nationalsozialistischen Partei ihr Stillsitzen geben, zum Schaden Bayerns und seines Ansehens im In- und Ausland Gewinn gezogen.“

Man wird dem Kritiker nicht so ganz unrecht geben können. Allerdings wird man eine Befreiung der inneren Verhältnisse in Bayern kaum erwarten dürfen, ehe man dort zu anderen Auffassungen von den Aufgaben einer Demokratie gekommen ist.

Der Fascismus in Deutschland.

Eine unentbehrliche Aufklärungsschrift.

Die faszistische Gefahr hat die deutschen Sozialisten aller Richtungen alarmiert, und die vereinigten Sozialdemokraten schickten sich an, ihre Einzeltreffen gegen die deutschen „Schwarzheiden“ zu einem geschlossenen, systematischen Feldzug gegen deren konterrevolutionäre Organisationen zu gestalten. Dieser Kampf setzt eine gründliche Einführung der Massen in das Wesen des deutschen Fascismus voraus. Um ihnen die Eigenart des deutschen Fascismus zum vollen Verständnis zu bringen, hat die Verlagsbuchhandlung J. H. W. Dieck die Schrift „Der Fascismus in Deutschland“ von Paul Kampfmeyer herausgegeben. Diese Schrift unterrichtet die Leser über die sozialen Gruppen, die das eigentliche Rückgrat der faszistischen Geheimbünde bilden.

Sie treten bereits handelnd im Rapp-Putsch auf, und für die Bekämpfung des Fascismus ist es von entscheidender Bedeutung, daß man gerade den mannigfaltig verschlungenen Wegen jener Verschwörer folgt, die in diesem Putsch im Heere, in der Polizei und in der staatlichen und kommunalen Verwaltung den Rappischen Staatssturz in irgendeiner Form geleitet oder begünstigt haben. Die Broschüre „Der Fascismus in Deutschland“ gibt einen Ueberblick über die hauptsächlichsten Geheimorganisationen, ihre Statuten und ihre verbrecherische konterrevolutionäre Taktik, und sie erschließt die sehr ausgedehnte faszistische Presse, die mit den demagogischen Pöbeleien des Antisemitismus der öffentlichen Bedürfnisanstalten über die republikanischen Institutionen des neuen Deutschlands herfällt. Die Nationalsozialisten werden in der Broschüre als eine Prätorianerbande der Schwerindustrie entlarvt, an die sie sich bettelnd gewandt haben.

Der Fascismus hat die Lösung ausgegeben: „Fort mit den Novemberverbrechern“. Seinen Nordwaffen sind bereits leitende Köpfe der Republik zum Opfer gefallen, und auf den Proskriptionslisten der Geheimbündler stehen die Namen führender Männer der Demokratie. Angesichts der blutigen politischen Mordtaten und der ständigen Rüstungen der Fasziisten gegen die Träger des republikanischen Gedankens in Deutschland kann die sozialistische Arbeiterkraft nicht bei ihrer bisherigen Taktik unorganisierten Gelegenheitskampfs gegenüber den deutschen „Schwarzheiden“ verharren, sie wird die Abwehr gegen diese einheitlich gestalteten und planmäßig führenden müssen. Vor allem sind die Geheimkonzentrate der deutschen Fasziisten aufzulösen und ihre Waffenarsenale aufzulösen. Auf diesem Kampffeld muß die über ganz Deutschland verbreitete Organisation der Sozialdemokratie eine entscheidende Bedeutung erhalten. Darum ist es Pflicht jedes Parteigenossen, sich über den deutschen Fascismus zu unterrichten, wozu ihm die genannte Schrift die beste Gelegenheit bietet.

Generalstreikgefahr in Oberschlesien.

Notwehr gegen Selbstschußterror.

Hindenburg, 20. März. (Eigener Drahtbericht.) Was den Orgeschanden im Ruhrgebiet immer noch nicht gelungen ist, nämlich eine Breche in die Abwehrfront der Arbeiterschaft zu schlagen, das ist ihnen — mit Hilfe der Unternehmer — in Oberschlesien in um so gründlicherer Weise gelungen. Seit einigen Tagen stehen die Befestigungen von fünf Gruben und zwei Hüttenwerken im Abwehrstreik gegen die Ausschreitungen und den Terror der Selbstschußleute. Wenn es nicht gelingt, bis zum Mittwoch die Arbeitgeber eines Besseren zu belehren, dann ist mit der

Proklamation des Generalstreiks für Oberschlesien zu rechnen. Die aus der Zeit der internationalen Besetzung noch bestehenden Reste der Selbstschußorganisationen sind von den Unternehmern auch nach der Besetzung aufrechterhalten und auf die einzelnen Betriebe verteilt worden. Hier haben sie eine wahre Diktatur über die freien Arbeiter ausgeübt, wogegen die Unternehmer nichts unternommen haben, vielmehr machten sie sich das Treiben der Orgeschleute zunutze. Zwei Betriebsräte, die energische Vorstellungen wegen des immer unerbittlicher werdenden Treibens der Selbstschußleute erhoben, wurden vor einigen Tagen entlassen. Obwohl die Belegschaft die sofortige Wiedereinstellung ihrer Vertrauensleute forderte, lehnte die Direktion glatt ab. Die Folge war der Streik.

Es handelt sich hier nicht um einen wirtschaftlichen Kampf, sondern um einen

Streik, der rein politischen Charakter trägt. Selbst heroische Führer des Bürgerturns erkennen an, daß dieser Streik eine politische Notwendigkeit ist, um die unerhörten Uebergriffe der illegalen Organisationen gegen einzelne Personen und den Staat abzuwehren. Alle Bemühungen der Gewerkschaften und der Regierung, diesen bedauernswerten Kampf beizulegen, sind am Starrsinn der Unternehmer gescheitert. Man gewinnt den Eindruck, daß die ober-schlesischen Grubenbesitzer die Kraftprobe wollen, weil sie hoffen, daß aus ihr die Orgeschorganisationen als Sieger und die freien Gewerkschaften als die verachteten Geschehenen hervorgehen.

Für Mittwoch ist eine neue Konferenz der Betriebsräte anberaumt, deren Tagesordnung lautet: Erklärung des Generalstreiks für Oberschlesien. Es besteht gar kein Zweifel darüber, daß der Generalstreik proklamiert wird, wenn nicht im Laufe des Mittwochs eine Einigung im Sinne der Arbeitnehmer erzielt wird. Aus dem Waldenburger Revier und aus Pottsch-Oberschlesien liegen Meldungen vor, die ermutigen lassen, daß sich die dortigen Arbeiter im Falle des Generalstreiks mit den kämpfenden Kameraden solidarisch erklären werden.

Vermittlungsversuch der Staatsregierung.

Am gestrigen Dienstag haben in Berlin unverbündliche Besprechungen mit den Regierungsstellen zur Beilegung des Streiks stattgefunden. Die beiden Parteien wurden dringend ermahnt, ernsthaft auf eine Verständigung hinzuwirken. Generaldirektor Stähler, Werkführer der Arbeitgebereinigung Oberschlesiens, führte aus, daß die von den Gewerkschaften zu den Verhandlungen abgeordnete Kommission eine Fortschrittsliste hat. Es sind nach dem Dienstag keine weiteren Verhandlungen absehbar, die vor der heute, Mittwoch, in Hindenburg tagenden Betriebsrätekonferenz Besprechungen mit Arbeitnehmern und Arbeitgebern abhalten werden. Von dem Ergebnis dieser Verhandlungen wird die Entscheidung der Betriebsräte abhängen.

Wissenschaftler beim Reichspräsidenten.

Reichspräsident Ebert veranstaltete gestern Dienstag einen Empfangsabend für Vertreter der Wissenschaft und Kunst, zu dem auch der Reichskanzler, Minister, Reichstagsabgeordnete und sonstige Politiker geladen waren. Die Rektoren und Professoren der Berliner Hochschulen, Mitglieder der Akademie der Wissenschaften, die Leiter der Forschungsinstitute des Reichs, des Staats und der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft waren erschienen. Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft und die physikalisch-technische Reichsanstalt hatten ihre Präsidenten und Kuratoren an diesem Tage zu Sitzungen nach Berlin berufen, so daß der Reichspräsident in diesem Jahre auch zahlreiche auswärtige Gelehrte bei sich begrüßen konnte. Die bildenden Künste, die Kunst und Literatur hatten wieder ihre bedeutendsten Vertreter entsandt. Geheimrat Prof. Haber hielt einen Vortrag über Wissenschaft und Wirtschaft nach dem Kriege. Ihm und dem Minister-Quartett, das das handliche Berchensquartett zu Gehör brachte, sprach der Reichspräsident herzlichen Dank aus. Er wies weiter auf die engen Beziehungen zwischen dem kulturellen und politischen Leben hin und gab der Hoffnung Ausdruck, daß aus einem engen verständnisvollen Zusammenarbeiten aller dieser Faktoren das Vaterland starke Kräfte für den schweren Kampf dieser Zeit ziehen werde.

Die Waffensfunde in Caputh.

Zu den Waffensfunden im Caputher Schloß ist nachzutragen, daß die Maschinengewehre aus Potsdamer Kasernen herkommen. Die gründliche Durchsuchung des Schlosses ist dem Stellvertretenden Gemeindevorsteher Krefe zu verdanken, der von seinen sozialdemokratischen Parteigenossen schon lange darüber verständigt worden war, daß im Schloß viele Maschinengewehre lagern.

Die Sehnsucht nach den Weltmarktpreisen.

Ämtlich wird gemeldet: Der Reichskanzler empfing am Dienstag in Anwesenheit des Reichsernährungsministers und des Reichswirtschaftsministers die Führer des Reichs-Landbundes, die ihm unter Darlegung der aus dem derzeitigen Um-lageverfahren sich ergebenden Härten für die Landwirtschaft wie der Gefahren für die Volksernährung die Wünsche der Landwirtschaft nach baldiger Entscheidung über die Wirtschaftsform des neuen Erntejahres vortrugen.

Lord d'Abernons Reise.

Bergmann in der Schweiz?

Paris, 20. März. (Eco.) Die Londoner Reise des englischen Botschafters in Berlin, Lord d'Abernon (owie der Aufenthalt des Gouverneurs der Bank von England Norman in Paris beschäftigt die politischen Kreise auf das eingehendste, zumal auch das Gerücht verbreitet war, daß Staatssekretär a. D. Bergmann sich nach der Schweiz begeben habe, um dort gewisse Vorverhandlungen für eine kommende Regelung der Ruhrfrage zu führen. An hiesigen maßgebenden Stellen erklärt man heute abend, daß die

französische Regierung nach wie vor allen derartigen Vorverhandlungen abgeneigt

sei; der einzig richtige Weg sei immer noch eine direkte Aussprache. Andererseits habe Frankreich nicht als erster Vorschläge zu machen. Alle Schritte, die hinter den Kulissen unternommen würden, um es hierzu zu veranlassen, seien von vornherein einem Mißerfolg ausgeliefert. Ebenso wird die Nachricht für falsch erklärt, daß der bekannte französische Wirtschaftsjournalist Soudou sich nach der Schweiz begeben habe, um sich dort mit Bergmann zu treffen. Man wisse überhaupt nicht, um welchen kompetenten oder autorisierten Persönlichkeiten Herr Bergmann sich in der Schweiz aussprechen könnte, da ein direkter Auftrag zu einer derartigen Aussprache niemandem von der französischen Regierung gegeben worden sei. Andererseits verkennt man nicht, daß die Strömungen in den nicht direkt beteiligten Ländern naturgemäß auch die Pariser politischen Kreise beeinflussen. Als bedeutsame Zeichen hierfür sieht man die Nachricht an, daß das Foreign Office mit der Ausarbeitung eines Planes für einen Garantiepakt zur Sicherheit Frankreichs beschäftigt sei. Hierzu wird erklärt, daß sich seit der Konferenz von Cannes die Stellungnahme der französischen Regierung in dieser Frage nicht geändert habe. Man müsse nach wie vor verlangen, daß ein solcher Sicherheitspakt außer den Rheinländern sich auch auf die Oststaaten erstrecke und besonders Polen umfassen müsse. Das Gerücht, daß der deutsche Geschäftsträger am Quai d'Orsay Vorschläge übergeben habe, wird sowohl am Quai d'Orsay, als auch an den maßgebenden deutschen Stellen dementiert.

London, 20. März. (W.B.) Lord d'Abernon ist in London eingetroffen.

Ukrainer als Musfölen.

Warschau, 20. März. (W.B.) Anlässlich der Festlegung der Obergrenze Polens kam es in Lemberg zu stürmischen Protestkundgebungen. Als der päpstliche Botschafter vom Bau des Metropolitankathedrales aus in Ansprache an die Menge hielt, gelang es dem ukrainischen Abgeordneten Rudkiewicz, sich auf den Balkon zu schwingen und zu der Bevölkerung zu sprechen. Diese Ansprache machte einen gewaltigen Eindruck. In der erregten Menge wurden gleichzeitige Aufrufe mit der Unterschrift „Ukrainisches Revolutionärskomitee“ erteilt. Bei einem späteren Anzug durch die Stadt marschieren die russischen ukrainischen Brüderschaften mit ihren Fahnen voran. Dank folgte Rudkiewicz mit der ganzen Volksmenge unter dem Gesang ukrainischer Lieder. Ein Eingreifen der Polizei wurde gewaltsam zurückgewiesen, wobei verschiedene Polizisten durch Steinwürfe verwundet wurden. Erst im Laufe des Nachmittags zerstreute sich die Menge. Die Polizei verhaftete 10 Personen, darunter einige Frauen. Bezeichnend ist, daß von Warschauer Blättern nur „Robotnik“ (Poln.-Soz.) ausführlich über die Vorgänge berichtet. Das Blatt überschreibt seine Meldung „Große Erfolge des Abgeordneten Rudkiewicz“. „Rzeczpospolita“ verlangt Einschreiten gegen Rudkiewicz, weil dieser in Lemberg das Volk gegen die polnische Regierung aufgehetzt und den Anwesenden den Eid abgenommen habe, den Kampf gegen die polnische Regierung aufzunehmen. Rudkiewicz habe damit seinen Abgeordneteneid gebrochen.

Der Fall Strowig. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion in Preußen beschäftigte sich vor einigen Tagen mit den gegen den Abg. Strowig-Kietendorf erhobenen Vorwürfen: Verletzungen im Amt, Mißbrauch der Freifahrtkarte zu Frachtkünderziehungen usw.

Der Vorstand empfahl die von Strowig selbst gewünschte Aufhebung der Immunität, damit im Wege des Gerichtsverfahrens die Angelegenheit rechts gelöst werden kann.

Zur Neubildung der künftigen Regierung. Neben dem Ministerpräsidenten Buchscheider, wie der SPD. meldet, auf Verlangen der Kommunisten der bisherige Innenminister Lipinski endgültig aus dem neu zu bildenden künftigen Kabinett aus.

Gewerkschaftsbewegung

Selbe, die es nicht sein wollen.

Der gelbe Bädereigenenbund hat schon verschiedene Anstrengungen gemacht, um nach außen hin nicht mehr als gelb zu erscheinen, da diese Farbe unter der Arbeiterschaft verhaßt ist. Dedit sie doch die Bestrebungen derer, die den wirtschaftlichen Gegensatz zwischen Arbeiter und Unternehmer dazu ausnützen wollen, sich durch Einliederung bei dem Unternehmertum Vorteile auf Kosten ihrer eigenen Klassengenossen und Arbeitsbrüder zu verschaffen. Bemüht oder unbewußt üben sie Verrat an der Arbeiterklasse. Für Unternehmer sind die von ihnen bevormundeten, kontrollierten, begünstigten und ausgeschalteten Arbeiterorganisationen natürlich um so wertvoller, je größer der Zulauf zu ihnen ist. Gelingt es, die gelbe Grundfarbe zu überwinden, ist auf größeren Zulauf von Dummheit zu rechnen. Deshalb wollen die Gelben nicht gelb sein, zumal sie selber das anrüchliche ihres Charakters empfinden mögen.

Die „Deutsche Bäder- und Konditorenzeitung“, das Organ des freigewerkschaftlichen Bädereigenenbundes, hat sich natürlich mehrfach mit dem gelben Gehilfen im Bädereigenenbunde befaßt und wahrheitsgetreu behauptet, daß der gelbe Bädereigenenbund eine von den Unternehmern ausgeschaltete Organisation sei. Wegen dieser Behauptung strengten die Führer des gelben Bundes gegen den Genossen Lanke in Hamburg als Redakteur dieses Gewerkschaftsblattes eine Privatbeleidigungsklage an. Der Beklagte trat für diese Behauptung auch einen umfangreichen Wahrheitsbeweis an und unterbreitete dem Amtsgericht Berlin-Tempelhof aus vielen Orten des Reiches von ehemaligen Bundesmitgliedern abgegebene eidesstattliche Erklärungen, in denen der Beweis erbracht wurde, daß tatsächlich die Bädereigenenmeister und ihre Innungen namhafte Geldbeträge zur Unterstützung an die Gelben leisteten. Es wurden außerdem Fälle festgestellt, daß in den Bureaus der Bädereigenenmeisterungen Flugschriften und Versammlungseinladungen für die Gelben angefertigt und auf Kosten der Innungen an die Bädereigenenmeister zur Weitergabe an die Gehilfen versandt wurden. Ferner wurde bewiesen, daß sich in vielen Orten die Obermeister der Innungen recht eifrig um die gelbe Sache annahmen und auch davor nicht zurückschreckten, die Gehilfen unter Androhung der Entlassung in den gelben Bund zu zwingen.

Die Richter waren auf solch erdrückendes Beweismaterial nicht vorbereitet, sonst würden sie sicher von der Klage Abstand genommen haben. Sie versuchten auch nicht vor Gericht die Angaben zu entkräften. Sicher hat das neben dem umfangreichen Beweismaterial dazu beigetragen, daß das Gericht die Eröffnung des Hauptverfahrens ablehnte.

Aus der Begründung ist zu entnehmen, daß der Beschuldigte den fraglichen Artikel zweifellos in Wahrnehmung der berechtigten Interessen der bei ihm vertretenen Innungen verfaßt und veröffentlicht hat. Die Form der Äußerung ist allenfalls in keiner Weise beleidigend, insbesondere ist das Wort „aushalten“ in der Anwendung „die Gelben seien nur eine von den Unternehmern ausgeschaltete Organisation“ nicht ohne weiteres als einer beleidigenden Tendenz hervorgehend anzusehen. Seine Anwendung durch den Beschuldigten kann deshalb kaum Veranlassung geben, die Anwendung des § 193 Str.G.B. für den Beschuldigten auszusprechen.

Die trampfhaften Bemühungen der gelben Bädereigenen, das Odium der Tarifunfähigkeit auszuschleichen, finden nirgends Beachtung und Unterstützung. Kürzlich verachteten sie im Reichstag auf ihre Rechnung zu kommen. Sie wurden aber schon im Ausschuss auf den Sand gesetzt.

Was gelb ist, muß gelb sein wollen und gelb genannt werden.

Der Kampf in der Fleischwaren-Industrie beigelegt.

Der Zentralverband der Fleischer teilt uns mit: Die erneuten Verhandlungen, die vom Vorsitzenden des Berliner Gewerbe- und Kaufmannsgerichtes, Herrn Magistratsrat W. Böbling, eingeleitet wurden, haben zu einer Verständigung zwischen dem Arbeitgeberbund und den freien Gewerkschaften geführt. Die Arbeit wird heute, Mittwoch ab, in allen Betrieben, die vom Streit oder der Ausperrung betroffen waren, wieder aufgenommen. Die Verhandlungen über den Rahmen- und Lohnsatz begannen gestern, Dienstag.

Einigung in der Landschaftsgärtnerei.

In einer stark besuchten Versammlung am Montag in den Reuen Rathhausläden nahmen die Landschaftsgärtner den Bericht von der letzten Verhandlung mit den Arbeitgebern entgegen, den der Notat erstattete. Die Arbeitgeber hatten zuerst eine Lohn-erhöhung rundweg abgelehnt. Der Schlichtungsausschuss fällt einen Schiedsspruch, wonach ab 9. März eine Lohn-erhöhung von 30 Proz. eintreten sollte. Die Arbeitgeber lehnten den Schiedsspruch ab. Dadurch schien der Streit unaussäglich. Die Entscheidung wurde jedoch um drei Tage vertagt und die Lohnkommission beauftragt, nochmals mit den Arbeitgebern in Verbindung zu treten. Diese boten dann ab 16. März 20 Proz. und ab 19. März 30 Proz. Die streitigen Fragen zum Manteltarif konnten jedoch nicht sofort erledigt werden, obgleich auch hier Zugeständnisse gemacht worden sind.

In der Diskussion machte sich eine starke Strömung für die Ablehnung dieses Angebots bemerkbar. Die Abstimmung ergab schließlich gegen eine starke Minderheit dessen Annahme. Die Lohnkommission soll anschließend über die streitigen Fragen in weitere Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband eintreten. Ab

19. März betragen die Stundenlöhne: für Gärtner im 1. Jahre der Brandentätigkeit 1248 M., nach einjähriger Tätigkeit 1320 M., für Obergärtner und Anlageleiter 1391 M., für Arbeiter 1248 M. und für Arbeiterinnen 806 M.

Verträge gegen den Tarifvertrag sind umgehend an den Verband der Gärtner und Gärtnerarbeiter, Verwaltung Groß-Berlin, Berlin S 42, Luisenauer 1, zu melden.

Schiedsspruch im Berliner Einzelhandel.

Die Verhandlungen über einen Neuaufschluß des Tarifvertrages für die Handelskassensarbeiter vom 16. bis 31. März sind in der vergangenen Woche gescheitert. Die Arbeitnehmer riefen den Schlichtungsausschuss an, der am Montag verhandelte. Die Arbeitgeber lehnten jede Erhöhung ab und be-

Volks-Versammlungen

heute Mittwoch, den 21. März, abends 7 Uhr mit der Tagesordnung:

Steuerfragen, Ruhrbelegung und nationalpolitische Gefahr in folgenden Lokalen:

- Mitte: Haverlands Festsäle, Neue Friedrichstr. 35
- Tiergarten: Gesellschaftshaus, Wiciefstr. 24
- Wedding: Brauerei Pagenhofer, Chausseest. 64
- Prenzlauer Berg: Union-Festsäle, Greifswalder Str. 221/223, Büttners Festsäle, Schmeder Str. 23
- Friedrichshain: Andreas-Festsäle, Andreasstr. 21
- Kreuzberg: Schuttheiß-Ausschank, Hasenheide (Wintergarten)
- Charlottenburg: Leibniz-Oberrealschule, Schillerstr. 125/127, Wilmersdorf: Rohr, Stadtpark, Kaiserallee 51/52
- Steglitz, Lichterfelde, Lantwiz: Gymnasium Steglitz, Heese-strasse 15
- Schöneberg-Triebenaue: Aula Chamisso-Schule, Barbarossaplatz
- Tempelhof-Mariendorf: Realgymnasium, Mariendorf, Kaiserstrasse
- Neukölln: Schuttheiß-Ausschank, Hasenheide (Wintergarten)
- Treptow-Baumgartenweg: Viktoriagarten (Anh. Mißfische), Am Treptower Park 26
- Niederschöneweide, Johannisthal, Oberhönoweide: Ruff-häuser, Niederschöneweide, Berliner Straße
- Lichtenberg: Aula Parkaue (an der Möllendorferstraße)
- Weißensee: Albrechtshof, Parkstr. 16
- Reinickendorf: Bürgergarten, Reinickendorf-Ost, Hauptstr. 51

Redner sind die Reichstagsabgeordneten:

- Baßle, Crispian, Dittmann, Düwcl, Feldmann-Langenbleien, Horn-Sieffke, Kubat-Chemnitz, Künster, Lautföller-Hamburg, Dr. Leol, Meier-Zwidan, Frau Rehe-Hamburg, Robert Schmidt, Soldmann-Franken, Simon-Augsburg, Vogel-Franken, ferner Pfarrer Bleser.

Frauen, Arbeiter, Angestellte, Beamte! Erhebt euch! Reichstagsabgeordnete! Bezirksverband Berlin.

antrogten, den Vertrag bis zum 31. März zu verlängern. Sie begründeten diese Verlängerung damit, daß sie bereits 28 Proz. bewilligt haben und daß der Einzelhandel eine weitere Erhöhung nicht mehr ertrage. Die Arbeitnehmervertreter machten darauf aufmerksam, daß die Lohnsätze im Einzelhandel derzeit niedrig sind, daß unbedingt noch eine Lohnaufbesserung erfolgen müsse, um den Ausgleich mit den übrigen Löhnen im Handelsgewerbe herzustellen. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß die Arbeitgeber monatelang außerordentlich gute Geschäfte gemacht haben, so daß durch die Erhöhung Kompensationen nicht eintreten werden. Der Schlichtungsausschuss sollte nach Stundenlanger Beratung einen Schiedsspruch, der eine weitere Erhöhung von durchschnittlich 6 Proz. auf die bisherigen Löhne festlegte. Zu diesem Schiedsspruch hat die Mitgliederversammlung am Montag sofort Stellung genommen. Nachdem einige Redner für die Ablehnung des Schiedsspruches eintreten, ergab die Abstimmung eine Mehrheit für die Annahme des Schiedsspruches. Die Arbeitgeber haben sich bis Ende dieser Woche zu entscheiden. Falls die Annahme erfolgt, können die neuen Lohnsätze im Laufe der nächsten Woche beim Deutschen Verkehrsbund, Engelauer 24/25 II, Zimmer 31, gegen Aufweis der Mitgliedschaft abgeholt werden.

Die Eisenbahner gegen die Spaltungversuche der SPD.

Am Dienstag wurde in Steglitz für Lichterfelde und Umgebung von der sogenannten Opposition des DGB eine Mitglieder-versammlung einberufen, die Stellung nehmen sollte zu den Verhandlungen in der Ortsgruppe Berlin, und die eine Neuwahl der Zahlstellenleitung vorsehen sollte. Die Versammlung hatte einen sehr guten Besuch aufzuweisen. Nach ihrer Eröffnung durch Boffy (SPD), der sich als Leiter der Zahlstelle der neuen Ortsverwaltung ausprägte, protestierten die Kollegen gegen eine solche Wahl, da von dieser Seite immer behauptet wird, die Mitglieder haben zu bestimmen. Als Boffy erklärte, sie seien von der

sogenannten neuen Ortsverwaltung bestimmt, brach ein Sturm der Entrüstung aus, und die Versammelten wählten sich ein neues Bureau. Da Boffy und Genossen nicht in der Lage waren, irgendwelches tiefgründige Belastungsmaterial gegen die alte Ortsverwaltung vorzubringen, beschränkten sie sich ganz kurz darauf, etwas aus dem kommunistischen Blätterwald zum Besten zu geben. Hierauf sprachen mehrere Redner und rissen Boffy und Genossen die Masken vom Gesicht und beleuchteten an Hand des Materials die Leute der sogenannten neuen Ortsverwaltung Schmidts und Genossen, und zeigten, welches schändliche Spiel sie mit den Eisenbahnern treiben. Die ganze Handlungsweise des Schmidts und Lehmann bei der Eisenbahnverwaltung spreche dafür, daß sie nur die Geschäfte der Reaktion besorgen und die Gelben, die den Kollegen abgenommen werden, auf Rimmerwiedersehen verschwinden sind. Hierauf wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Zahlstelle Lichterfelde-West und Umgebung spricht der bisher bestehenden Ortsverwaltung ihr volles Vertrauen aus und stellt sich einmütig hinter die von ihr gewählte Zahlstellenleitung.“
Ähnliche Berichte liegen auch von den Zahlstellen Tempelhof-Berksdorf, Köpenick, Lehmer Bahnhof und Berich usw. vor. Diese Berichte genügen als Beweis, daß den Eisenbahnern die von ihnen mühsam aufgebaute Organisation lieber ist, als die Ideen der Schlepptreuer der SPD.

Die Verbandszeitung Nr. 13/14 und die Mitteilungen Nr. 4 werden am Donnerstag von 5 Uhr ab im Verbandsbureau, Bethanienufer 10, an die Zahlstellen ausgegeben. In Anbetracht der gegenwärtigen Verhältnisse ist es nötig, daß jede Zahlstelle einen auf dem Boden der Satzungen stehenden Kollegen zur Abholung der Zeitung entsendet, da sonst nicht in allen Zahlstellen die Gewehr gegeben ist, daß die Zeitung in die Hände der verbandstreuen Mitglieder gelangt.

Die Ortsverwaltung, gez. Beefer.

Zur Steuer der Wahrheit.

In letzter Zeit war der Baugewerksbund besonders heftigen Angriffen der kommunistischen Gewerkschaftsleiter ausgesetzt. Der Anlaß hierzu sollte diesmal das Verhalten des Vorstandes im Fall „Glanzfilm Göpenitz“ sein. In diesem Zweck gab der „Verband der Ausgeschlossenen“ ein besonderes Flugblatt heraus, welches ganz nach den illegalen Methoden (Verbreiten der Wahrheit) abgefaßt ist. Der Vereinsvorstand hat seinen Mitgliedern in der Generalversammlung berichtet. Diese billigte den Standpunkt des Vorstandes einstimmig. Die Bundeslegierten-Versammlung am 19. März beschloß ebenfalls mit der Angelegenheit. Die aus der Mitte der Versammlung eingebrachte Resolution spricht dem Vorstand für seine Tätigkeit im Falle „Glanzfilm“ volles Vertrauen aus. Nachdem die Ausführungen des Referenten noch von den dort beschäftigten Betriebsräten ergänzt wurden, fand die Resolution einstimmige Annahme.

Deutscher Baugewerksbund, Baugewerkschaft Berlin.

Achtung, Bauarbeiter!

Die Steinmeyer der Werksteinbranche (Caukeimeyer) befinden sich seit gestern im Streik. Die Unternehmer lehnten jede Erhöhung des Lohnes ab. Wir erwarten von allen Bauarbeitern strengste Solidarität. Alle Arbeiten, die bisher von den Streikenden ausgeführt wurden, sind abzulehnen. Nur wer im Besitz einer graugrünen, von der Streikleitung ausgestellten Karte ist, ist zur Arbeit berechtigt.

Die Betriebsräte und Obleute der Bauten bitten wir, in Zweifelsfällen und sofort Nachricht zu geben. Streikleitung und Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Stein- arbeiter Deutschlands, Zahlstraße Berlin. (Tel. 11500-11508.)

Die Front der streikenden Saar-Bergleute sieht noch immer unerschütterlich da. Der jüngst aus Paris zurückgekehrte Generaldirektor der Grube Frankenhof hat bei Ausführlern durchblicken lassen, daß eine Bereitwilligkeit zu Verhandlungen — unter Ausschluß der Organisationen — bestehe. Diese Bereitwilligkeit, überhaupt zu verhandeln, kommt recht spät. Sie wird offenbar um so größer sein, je länger der Streik noch dauert und sich dann zweifellos auch auf die Organisationen erstrecken wird. Die Bergarbeiter haben sich einseitig dahin ausgesprochen, daß die Verhandlungen mit den Organisationsleitern geführt werden müssen. Die Gewerkschaften der Bergarbeiter stellen fest, daß es die Verwaltung war, die die Stromlieferung grundlos absperrte, obgleich die Bergarbeiter die notwendigen Leute stellten.

Eisenbahner!

Auf Wunsch der letzten Zusammenkunft findet am Freitag (21. März) in der Brauerei Pfefferberg, Schönewaldener Allee 176, eine Sitzung aller in der DGB organisierten Betriebskomitees und Funktionäre des DGB statt. Eine Mitgliedsbuch des DGB und der DGBD, kein Zutritt. Der Betriebsrat.

Zentralverband der Kapellen. Bezirk Wilmersdorf, Helene-, Schwannendamm. Wegen der heutigen öffentlichen Versammlungen der DGBD, fällt die anberaumte Versammlung aus.

Zentralverband der Schuhmacher. Versammlung der Friedrichshäger Hochschuhmacher Freitag 6½ Uhr im Englischen Hof, Alexanderstr. 10.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Helmut Schill, Berlin; für Anzeigen: H. Glöck, Berlin. Verlag: Bornstedt-Beckler G. m. b. H., Berlin. Druck: Formdruks-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3, 1. Oberst. 1. Berlin.

Porzellan * Emaillewaren * Steingut

Extra billig mit kleinen Fehlern
Kaffeesevice 2800.- 3500.-
Kaffeesevice 5600.- 8500.-
Kaffeesevice 9500.- 15000.-

Abendbroteller 450.-
weiss Porzellan

Tassen mit Goldrand 850.-
Tassen weiss Porzellan 150.- 250.- 350.-
Kompotteller weiss Porzellan 250.-
Butterglocken weiss 950.-

Glas

Kompotteller gepresst 190.-
Bierbecher sortierte Formen 200.-
Weinrömer auf grünem Fuss 975.-

Sport-Likörgläser 850.-

Emaille-Kochtöpfe braun 950.- 1150.- 1350.- 1600.-
Emaille-Deckel weiss 750.- 950.- 1100.- 1250.-
Emaille-Masch.-Töpfe 200.- 250.- 300.- 350.- 400.-
Emaille-Wassereimer zirka 28 cm Durchmesser 2950.-
Emaille-Toiletteimer weiss 8500.- 9750.-
Verzinkte Eimer zirka 28 cm Durchmesser 3500.-
Verzinkte Wannen oval 12 500.- 14 500.- 17 500.-

Emaille

darunter Kochtöpfe, Kasserollen, Wasserkessel, Eratpannen, Kaffeekannen usw., besonders preiswert!

Emaille-

Kochgeschirre

extra schwer, in allen Grössen, für Restaureure

Waschbecken 2500.- 3800.-
bunt oder weiss
Waschkrüge 2500.- 3800.-
bunt oder weiss
Obertassen 175.-

Speiseteller 350.-
Steingut, tief oder flach.

Vorratsstollen mit Deckel 500.-
Gewürztonnen 250.-
Mestlen 950.-
Kumpen braun 400-700.- 1500.-

Glas

Bow'engläser grün 30.-
Sturzflischen mit Glas 110.-
Butterdosen gepresst 1300.-

Rotweingläser 650.-

Hermann
Tietz

Die Schulbüchernot.

Eine frühzeitig abgebrochene Stadtverordnetenversammlung.

In der Stadtverordnetenversammlung gab es gestern eine Abrechnung mit dem städtischen Nachrichtenamt, die Genosse Reuter vollzog. Schonungslos zeigte er die Mängel dieses Instrumentes, mit dem der Magistrat bisher nichts Rechtes hat anfangen können. Nur zu oft hat das Nachrichtenamt den „roten“ Magistrat gegenüber den Angriffen der bürgerlichen Presse im Stich gelassen. Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, dem Nachrichtenamt die fehlende journalistische Aufmachung zu geben, wurde von der Linken gegen die schwächer vertretene Rechte durchgebrocht. Denselben Ausgang befürchtete die Rechte von der Beratung und Abstimmung über die Lehr- und Lernmittel der Schulen. Den Bürgerlichen hielt Genosse Kreuziger vor, daß sie durch ihren den privaten Interessenten willkommeneren Widerstand gegen eine die Preise verbilligende Zentralfstelle zur Beschaffung und Verteilung von Lehr- und Lernmitteln die Schule schädigen. Mit einem Antrag auf namentliche Abstimmung bezweckten sie, Beschlußunfähigkeit herbeizuführen. Angesichts ihrer Sabotageversuche zog man es vor, die Sitzung abzubrechen.

In der gestrigen um 6 Uhr begangenen außerordentlichen Sitzung wurde zunächst das Ersuchen der Kommunisten, ihren Antrag wegen Gewährung freier ärztlicher Behandlung für alle Familienmitglieder von Erwerbslosen den Vorrang einzuräumen, mit 89 gegen 71 Stimmen abgelesen.

Zu den Ausschufsvorschlägen betr. den Nachtrag zur besonderen Gewerbesteuerordnung der Stadt Berlin — die Debatte ist im Mai 1922 beschlossen worden und tritt am 1. April 1923 in Kraft; der Nachtrag hat den Zweck, die Steuerhöhe der Geldentwertung anzupassen — begründete Dr. Neumann (Dt. Sp.) die Abänderungsvorschläge seiner Fraktion, welche daraus hinausgehen, über die Ausschufsvorschläge hinaus die Erträge bis zu 150 000 M. (Ausschuf: bis zu 75 000 M.) nur mit einem Zehntel des Normalsteuersatzes heranzuziehen, d. h. in Wirklichkeit nahezu steuerfrei zu lassen.

Steuerdirektor Lange, Dr. Alexander (Komm.) und Genosse Dr. Lohmann traten dem Antragsteller entgegen. Unser Genosse wies energisch darauf hin, daß die Ausschufsvorschläge ein einstimmig angenommenes Kompromiß darstellen, an dem nichts geändert werden dürfe, wenn man nicht die neue Ordnung zu Fall bringen und die alte und antiquierte wieder in Kraft setzen wollte; des Vorgehens der Deutschen Volkspartei streife hart die Grenze der Loyalität.

Unter Ablehnung der Anträge der Deutschen Volkspartei wurde der Nachtrag in der Ausschufssitzung angenommen.

Ein Dringlichkeitsantrag wegen Nachprüfung der Richtlinien für die Bemessung der Dienstwohnungszuschläge fand Annahme. Zu der Sitzung und den

Richtlinien für das städtische Nachrichtenwesen

schloß sich Genosse Reuter für die Durchführung der früheren Beschlüsse der Versammlung aufs lebhafteste ein und bedauerte sehr, daß der Magistrat sich auf finanzielle Bedenken zurückgezogen hat. Obwohl doch die Beziehungen zwischen Stadtverwaltung und Bevölkerung gegen früher sich viel enger gestaltet hätten, sei die erstere ihren speziellen Aufgaben auf diesem Gebiete nicht annähernd gerecht geworden; mit der Presse sei eine viel aktivere Verbindung herzustellen, um der heute ganz ungenügenden Information der Bevölkerung abzuhelfen. Besonders bedauerlich sei, daß der Magistrat auch den Vorschlägen der Versammlung hinsichtlich der Ausgestaltung des „Berliner Gemeindeblattes“ ablehnend gegenüberstehe, so daß noch heute die viermillionenstädtige Berlin ein wirklich würdiges Gemeindeorgan entbehren müsse.

Der Antrag der Sozialdemokraten, die Beschlüsse vom 23. November 1922 zu erneuern und den Magistrat zu ersuchen, ihnen beizutreten, erhielt die Mehrheit.

Am 7. September vorigen Jahres hatten die Kommunisten

untere Bezugnahme auf die ungeheure Teuerung der Schulbücher den Antrag eingebracht, den Magistrat zu ersuchen, „sodort eine Zentralfstelle für Beschaffung und Verteilung von Lehr- und Lernmitteln

einzurichten, um die verfassungsmäßig geforderte Beseferung der Gemeinde- und Fortbildungsschulen mit Lernmitteln endlich in Angriff zu nehmen.“

Der Ausschuf hat am 24. Februar beschlossen, der Versammlung vorzuschlagen, daß der Magistrat ersucht werden soll, 1. noch im Laufe des März eine Vorlage wegen Beseferung der Schulen mit den notwendigsten Lehrmitteln und wegen verbilligter Beseferung der Schüler mit Büchern und Lernmitteln zu machen, 2. sodort mit der Einrichtung der Zentralfstelle zu beginnen und 3. erneut und sodort Mittel zur Verfügung zu stellen, um Lehr- und Lernmittel schleunigst zur Abgabe an bedürftige Schulkinder zu beschaffen.

Nachdem Goh (Komm.) auf die höchst bedauerliche Verzögerung dieser so wichtigen Angelegenheit hinwies und den Ausschufsantrag aufs dringendste zur Annahme empfahl, ergriff Linke (Dnall.) die Gelegenheit, seiner Antipathie gegen die verlangte Zentralfstelle ungeschminkt Ausdruck zu geben, und beantragte namentliche Abstimmung. Oberstadtschulrat Paulsen legte dar, daß der Magistrat der Sache dauernd ernste Aufmerksamkeit geschenkt und durch Verhandlungen mit den Sortimentierern auch einigere Zustände erreicht habe; die Einrichtung einer Zentralfstelle aber sei nicht von heute auf morgen zu schaffen, sie bediene erhebliche finanzielle und technische Schwierigkeiten, und schließlich habe auch das Ministerium mitzureden; man müsse dem Magistrat Zeit lassen. — Genosse Kreuziger: Wie groß das Interesse und das Verständnis auf der Rechten für die Kollage der Schulen sei, beweiße der Antrag auf namentliche Abstimmung; man wolle die Zentralfstelle nicht zustande kommen lassen und weil man fürchte, vielleicht nicht die Mehrheit zu haben, lasse man lieber die Versammlung aufstehen! Und das alles, um einer kleinen Erwerbsgruppe die Parteilichkeit zu ermalen. Die Zentralfstelle sei imstande, eine sehr beträchtliche Verbilligung zu erzielen. Eventuell müsse den Schulen auf dem gleichen Wege entgegenkommen werden, wie der Notlage der Presse gefeuert werden solle.

Hierauf wurde nach einem Antrag Bönenstein (Soz.) die Beratung des Gegenstandes unterbrochen, um die Wächter der Rechten, die Versammlung beschlußunfähig zu machen, zu vereiteln, und man fuhr in der Erledigung der nächsten Gegenstände der Tagesordnung fort. Da aber wieder Forderungen der Referenten oder der gemäßigten Dissidenten eine „Erledigung“ nicht zu erreichen war, brach man wohl oder übel gegen 9 Uhr die Beratung und die Sitzung ab.

Der Frühling ist da!

Im Januar konnte man bereits voller Freude an einzelnen Sträuchern rote grüne Spitzen feststellen. Dann aber kamen die drei harten Winterwochen des Februar mit Frost, Eis und Schneelast und hielten die ganze Vegetation zurück. Rummelst Regen Frost und Regentropfen hinter uns und es geht in den Frühling hinein. Die meisten denken daran, daß wir mit dem heutigen Tage die halbe Jahreshöhe und damit auch die halbe Höhe des Sonnenlichts erreicht haben. Die Sonne scheint am Tag der Winter Sonnenwende, am 22. Dezember, von 8,11 Uhr früh bis 3,45 Uhr nachmittags, also 7 Stunden 34 Minuten. Am Tage des Frühlingssonnens, am 21. März, geht die Sonne um 6,07 Uhr auf und um 6,10 Uhr unter, scheint also rund 12 Stunden. Daher die Bezeichnung Tag- und Nachtstunde für diesen Tag, der sich dann am 25. September, dem Herbstanfang, wiederholt, an dem die Sonne früh 5,51 Uhr aufgeht und nachmittags 5,52 Uhr untergeht, also noch genau 12 Stunden scheint. Am 22. Juni, dem Sommer Sonnenwende, geht das Tagesgestirn um 3,39 Uhr morgens auf und um 8,24 Uhr unter, scheint also nahezu 17 Stunden. Schneller, als wir es gedacht, sind wir

aus dem Winter emporgekommen, schneller, als wir es ahnen, werden wir auf der Jahreshöhe sein. Drei Monate liegen noch vor uns, davon für den arbeitenden Menschen dreizehn Sonntage. Nähe sie ein jeder so gut er nur immer kann! Die Laubengärtner sind schon in voller Arbeit. Frauen und Kinder müssen am Wochentag Baters Kraft ersparen helfen. Dafür wird „er“ dann um so fleißiger am Sonnabend und Sonntag schaffen. Die anderen, besonders aber unsere Jugend, werden beseligt und wanderfroh hinausziehen, um sich die Welt draußen ein wenig anzusehen. Hoffentlich hält das schöne Wetter, das so festlich den Frühling geleitet, einige Zeit an, damit am kommenden Sonntag auch alle jene, die in der Woche fleißig schafften, etwas von den Wundern haben, die der Frühling mitbringt.

Neue Stadtbahnwagen.

Am 13. Mai 1921 hatte Reichsbahndirektionspräsident Wulff die Vertreter der Berliner Presse zu einer Besichtigung zweier neu erbauter Triebwagen für die elektrisch betriebene Strecke Berlin-Dahlemerfelde-Ost geladen. Während der größte Teil der Presse sich an der Reueit der Wagen genügen ließ, mußte der „Vorwärts“ einige hygienische Nachteile wie ungenügende Lüftung, unmoderne Holzbank, unzureichende Sitzgelegenheiten usw. bemängeln. Es hat sich nun erwiesen, daß diese Bemängelungen auch von den Techniker geübt werden mußten, denn in den drei neuen Wagentypen, die Präsident Wulff gestern durch einen Probezug, der von Grunewald über Wannsee nach Berlin fuhr, vorführte, waren sie verschwunden.

In aller Stille ist in den nahezu zwei Jahren gearbeitet worden und die Linde-Hoffmann-Werke, die Waggon- und Maschinen-Fabrik, Berlin, und von der Typen u. Chassis-Fabrik haben je eine neue Wagentype hergestellt, deren Gesamteindruck ein durchaus erfreulicher und ermutigender ist. Diese neuen Wagen sind in der Bauart und ihrer Reueit funktionsfähig und müssen bei der Benutzung geradezu ein körperliches Wohlbefinden erwecken, wenn man an die fürchterliche Verkommenheit der alten Stadt- und Vorortbahnwagen denkt. In diesem Sinn stellen die neuen Wagen auch eine in dieser Zeit nicht zu unterschätzende Leistung unserer Waggonbauindustrie und ihrer hochqualifizierten Arbeiterklasse dar. Es werden demnächst 5 Probezüge mit diesen Wagen in Dienst gestellt werden. Jeder Zug wird aus 4 Triebwagen zu je 20 Meter Länge und 6 Beiwagen zu je 10 Meter Länge gebildet. Teilung in 2 Triebwagen und 3 Beiwagen ist leicht möglich. Ein solcher Triebwagen kostet zurzeit 250 Millionen Mark, ein Beiwagen 50 Millionen Mark. Der neue Zug kann bis zu 1000 Personen gegen jetzt nur 1200 befördern. Die alten Klappstühle sind verschwunden und an ihre Stelle Schiebessitze wie bei der Hochbahn getreten. Das Innere des Wagens übertrifft, da es im Berliner Nahverkehr vollkommen neu ist. Bei zwei Typen sind alle trennenden Zwischenwände gefallen. Jeder einzelne Fahrgast kann den ganzen Wagen übersehen und durch einen Mittelgang bequem überall hinglehen. Die Bänke passen sich mit Sitz und Lehne den natürlichen Körperformen harmonisch an und gereichen dem Körper zur Stütze. Gepolsterte, breite Fenster, elektrische Beleuchtung und Heizung und moderne Lüftungsanlage deren Brauchbarkeit allerdings erst noch eingehend erprobt werden muß, kommen allen weiteren Ansprüchen entgegen. Es bedreht etwas, daß man auch neue Wagentypen II. Klasse sieht, die aber im Grunde genommen Wagen III. Klasse mit Stoffbezügen (nicht gepolsterten) Bänken sind, denn selbst die Verkehrstechniker sind sich, wenn abgesehen von anderen Erfindungen, darüber einig, daß ein Weltstadt-Schnellverkehr nur mit einer Wagenklasse, die in Reueit und Richtdauer geteilt wird, erreicht werden kann. Die neuen Züge werden zunächst auf der Wannseebahn und dann auch auf anderen Strecken, einfließen noch mit Dampfkraft, verkehren. Es wird auch seitens der Reichsbahndirektion Berlin Wert darauf gelegt, daß das Publikum selber Beobachtungen darüber anstellt, wo sich etwa noch Verbesserungen im Rahmen des Möglichen anbringen lassen. Sobald die Elektrifizierung der Stadtbahn vollzogen ist, wird man von diesen elektrischen Zügen in der Stunde nicht weniger als 40 gegen zurzeit nur 24 Dampfzüge gehen lassen können.

Die Bekanntmachung über die Erhebung der Reichseinkommen- und Kirchensteuer, die in dem Angelegenteil unserer heutigen Nummer enthalten ist, wird der Beachtung empfohlen.

(Nachdruck verboten. Der Volk-Verlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

66] Aus dem amerikanischen Manuskript überlegt von JULIEN GUMPERT.

„Was mich's angeht? Zum Teufel, wir hatten auch fünfzehn Verwundete und zwanzig Tote. Nicht wahr, Loby?“

„Ich denke schon, du hast recht“, meinte der.

„Hast ich etwa nicht recht?“ fragte der andere Mann und wandte sich an die Umstehenden.

„Sicherlich! Du hast recht!“ schrien verschiedene.

„Dann bleibt die Sache unentschieden“, meinte der Ingenieur.

„Rein“, warf Loby ein, „wir müssen die Verwundeten vergleichen. Der, der die schlimmsten Verwundeten hat, bekommt den Rognat. Ist das etwa nicht fair?“

„Sicher.“

„Sieben von uns wurden schon nach Hause geschickt!“ brüllte der Ingenieur.

„Von uns acht! Nicht wahr?“

„Sicher!“ grölten alle im Zimmer.

„Wie schlimm waren sie verwundet?“

„Zwei von ihnen waren blind!“ stellte Loby fest.

„Das ist nicht!“ polterte der Ingenieur und sprang auf, als ob er beim Poler einen Trick legen wolle. „Bei uns wurde einer ohne Arme und Beine nach Hause geschickt, und drei bekamen Lungenentzündung vom Gas.“

John Andrews hatte in einer Ecke des Zimmers gesessen. Er stand auf.

„Das ist nicht! Das ist nicht! Einem unserer Sergeanten mußte eine neue Nase aufgepropft werden...“

„O, ich vergaß ganz, ich sitze ja auf dem einzigen Stuhl hier im Zimmer“, sagte Spencer Sheffield lachend.

„O, schon gut. Was ich Sie fragen wollte: wissen Sie etwas über...“

„Kommen Sie doch mit mir in mein Zimmer“, unterbrach ihn Sheffield, „ich habe ein nettes, kleines Zimmerchen von Leutnant Bleezer... und da werden wir über alles sprechen... Ich sterbe fast vor Ungeduld, mal mit jemand über geistige Dinge zu reden.“

„Wissen Sie etwas davon, daß Leute ausgefucht und auf französische Universitäten geschickt werden sollen?“

„O, das ist ja ein fabelhafter Plan. Es gibt in der ganzen Welt nur eine einzige amerikanische Regierung, Junge, keine andere würde an so was denken.“

„Aber haben Sie eigentlich etwas davon gehört?“

„Rein; aber ich werde sicher was davon hören... würden Sie vielleicht das Licht antippen?... So, nun folgen Sie mir... wir können jetzt ein schönes Gespräch miteinander haben. Sie müssen mir alles erzählen.“

„Aber wissen Sie denn wirklich nichts über die Universitätsangelegenheit? Man sagt, der Kursus soll schon am fünfzehnten Februar beginnen“, begann Andrews wieder mit leiser Stimme.

„Ich werde Leutnant Bleezer fragen, ob er etwas davon weiß“, sagte Sheffield beruhigend, legte einen Arm vertraulich um Andrews Schulter und schob ihn in die Tür hinein. Sie gingen durch einen dunklen Flur in ein kleines Zimmer, wo ein Feuer leuchtend im Herd brannte und einen viereckigen schwarzen Tisch aus Walnusholz und zwei leere Lehnstühle, die mit Leder gepolstert waren, flackernd erhelle.

„Sind Sie schon lange in Frankreich?“ fragte Andrews und ließ sich in einen der Stühle am Feuer nieder. „Wollen Sie rauchen?“ Er bot Sheffield eine verkrüppelte Zigarette an.

„Rein, danke, ich rauche nur Spezialsorten. Ich habe ein schwaches Herz. Deswegen wurde ich auch bei der Armee nicht angenommen. Aber daß Sie Soldat geworden sind, das ist herrlich von Ihnen. Es war immer mein Traum, das zu tun, mich in diesen nomenlosen, merkstierenen Zug einzureihen.“

„Ich meinerseits denke, es war verdammt nützlich, um nicht zu sagen, verbredertlich“, meinte Andrews dumpf, indem er lachend in das Feuer starrte.

„Das kann nicht Ihr Ernst sein. Oder meinen Sie etwa, daß Sie Frühlingskinder hätten, die für Ihr Vaterland in einer anderen Stellung wertvoller gewesen wären...? Ich habe viele Freunde, die so fühlen.“

„Rein... Ich glaube, daß es unrecht von einem Menschen ist, sich selber zu betrügen... Ich glaube, daß diese Menschenschlächtereien keinen Sinn hat... Ich habe so gehandelt, als ob ich glaubte, sie habe einen Sinn... aus Nachlässigkeit oder Feigheit... Eines oder das andere... das ist schlecht.“

„Sie müssen nicht so sprechen“, sagte Sheffield eisig. „Sie sind also Musiker, nicht wahr?“ Er fragte diese Frage mit einem heiter-vertraulichen Ausdruck.

„Pflögte früher ein wenig Klavier zu spielen. Wenn Sie das meinen...“ sagte Andrews. „Aber ich muß jetzt gehen. Wenn Sie etwas von der Universitätsangelegenheit hören, benachrichtigen Sie mich bitte.“

„Aber gewiß, mein Lieber, gewiß.“

Sie schüttelten sich die Hand und Andrews stolperte den dunklen Gang hinunter zur Tür. Als er in der rauhen Nachtluft stand, sog er den Atem tief ein. Im Nicht, das aus einem Fenster heraus kam, sah er auf seine Uhr. Es war noch Zeit, zum Bureau des Regimentssergeanten zu gehen.

Das Regimentsbureau befand sich in einem großen Zimmer, das einst mit düsteren und schlecht gemalten Bildern in der Art von Puvie de Chavannes geschmückt war, aber die Wände waren von den fünf Jahren militärischer Benützung so zerkratzt und beschmutzt, daß überhaupt nichts mehr von den Bildern erkennbar war.

Das Bureau war fast leer. Die mit Papieren aller Art bedeckten Schreibtische und die schweigenden Schreibmaschinenten verliehen dem Zimmer ein leikames Aussehen völliger Tristesse. Andrews ging kühn an den nächsten Schreibtisch heran. Hinter dem Tisch sah zusammengelauert über einem Haufen von Papieren ein kleine Mann mit wenigen gelblichen Haaren, der seine Augen zu Andrews hinausschraubte, als dieser an seinen Tisch herantrat.

„Na, hast du mir die Sache in Ordnung gebracht?“ fragte er.

„Welche Sache?“ erwiderte Andrews.

„Oh, ich dachte, du wärst ein anderer.“ Das Lächeln verließ die dünnen Lippen des Offiziers. „Was willst du eigentlich?“

„Können Sie mir sagen, was man in der Universitätsangelegenheit tun kann? Wo man das Gesuch einreichen kann?“

„Gesuch, Gesuch! Was geht mich Ihr Gesuch an. Wer hat Ihnen denn eigentlich gesagt, hierherzukommen und mich damit zu belästigen?“

Andrews verteilte das Zimmer. Plötzlich erhob er die Augen und sah vor sich einen Mann, der ihm schon vorher im Regimentsbureau aufgefallen war. (Fortsetzung folgt.)

